

Erdhebungen bringen die CDU-Fraktion ins Wanken

Ein Trio gegen den Rest der Kollegen: Die Frage, wie die Bohropfer entschädigt werden sollen, entzweit die Konservativen im Böblinger Gemeinderat

In der CDU-Fraktion des Böblinger Gemeinderates brodelt es. Auslöser ist ein Meinungsbeitrag von Gemeinderat Willi Braumann zur Erdhebungsproblematik, der nicht nur seinen Parteikollegen sauer aufgestoßen ist. Dahinter steckt aber mehr als nur Uneinigkeit in dieser Sachfrage.

VON MICHAEL STÜRME

BÖBLINGEN. Willi Braumann war schon immer ein eigenwilliger Kopf in den CDU-Reihen. Wenn der Gynäkologe zu Wort kommen im Gemeinderat anhebt, ist es bisweilen spürbar, dass seine Fraktionskollegen in diesem Moment lieber nicht Fraktionskollegen wären. Unbekümmert lässt er seiner Meinung freien Lauf, auch wenn er dabei ab und an die eine oder andere Leitplanke übersieht.

Anfang Juli hat Braumann die Fahrspur seiner Partei mal wieder verlassen. Dieses Mal für alle nachlesbar in einem Artikel im Böblinger Amtsblatt. Unter der Überschrift „Das nicht enden wollende Drama der Böblinger Erdhebungen“ fordert er, die Opfer der Geothermie-Bohrungen über einen staatlichen Hilfsfonds zu entschädigen. Als Beispiel führt Braumann die Unterstützung der G20-Opfer in Hamburg an. In dem Text kritisiert er auch die Interessengemeinschaft Böblinger Erdhebungen (IGE), in der rund 200 Betroffene gemeinsam um eine Entschädigung durch die Versicherung der schuligen Bohrfirmen ringen. Er wirft dem Bündnis der Geschädigten vor, einen „Geld ver-schlingenden, bisher aussichts- und erfolglosen juristischen Kurs“ zu fahren.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. In einem Leserbrief in der Kreiszeitung machten die CDU-Fraktionskollegen Urmgard Spruth-Müller und Stefan Kubach, selbst Erdhebungs-Geschädigte und IGE-Mitglieder, Braumann darauf aufmerksam, dass sein Vorstoß nicht mit dem Gesetz vereinbar ist, da ein Verursacher identifiziert ist und somit ein Hilfsfonds unzulässig wäre. Die Bitte der Parteifreunde trat auf eine zu diesem Zeitpunkt unsinnige politische Lösung zu pochen, möge er doch eine gemeinsame Linie im Sinne der Hebungsoffer unterstützen.

Auch die IGE wollte die Angriffe im Namen der CDU nicht auf sich sitzen lassen. Fraktionschef Hans-Dieter Schühle ernannte ein Brief der IGE-Vorsitzenden, der es an Deutlichkeit nicht missen ließ. Braumann wird darin vorgeworfen, dass er seine persönlichen Ansichten unter dem Banner der CDU verbreite, sich noch nie um ein Gespräch mit der IGE bemüht habe, die IGE nur zum Zweck der eigenen Vermarktung angehe und es ein notwendiger sachlicher Kompetenz mangel lasse.

Thomas Treutler ist einer der IGE-Geschäftsführer. Ihn ärgert bei der ganzen Sache, dass die Kampagne der CDU-Dreiergruppe dem Bestreben der IGE schade. Von Erfolglosigkeit der Interessengemeinschaft könne keine Rede sein, betont er. Immerhin erkenne die Allianz-Versicherung mittlerweile den Schaden an. Die gibt es, räumt Treutler ein. Ebenso habe man erreicht, dass die Allianz den IGE-Anwalt bezahle – außerhalb der Versicherungssumme. Während wird Treutler auch, wenn Willi Braumann behauptet, dass mehrere ältere Menschen sich aufgrund der Gebäudeschäden in existentieller Not befänden. „Die gibt es“, räumt Thomas Treutler ein. Den Betroffenen habe man jedoch unbürokratisch Hilfe bei den Behörden organisiert. „Das hängen wir aber nicht an die große Glocke“, betont er.

Nun hatte CDU-Fraktionschef Hans-Die-



Die Sanierung der defekten Geothermiebohrungen sind abgeschlossen, der Streit um die Entschädigung der Betroffenen sorgt für Wirbel. Foto: src

ter Schühle ein Problem: Den Querschläger einfangen und auf Linie bringen oder Gefahr laufen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die CDU unterstütze die Erdhebungsoffer bei ihrem Kampf um Entschädigung durch die Versicherung?

Das Thema wurde Gegenstand von Leserbriefen und Bestandteil öffentlicher Auseinandersetzungen. Eine Front war aufgebrochen, die die CDU-Fraktion bereits länger zerschneidet: Willi Braumann bildet mit seinen Parteikollegen Daniela Braun und Jürgen Kienle längst eine Fraktion in der Fraktion. In Sachen Erdhebungen war es bisher vor allem Braun, ebenfalls Geschädigte, die in der Öffentlichkeit immer wieder nach einem staatlichen Hilfsfonds rief und damit die Interessen einer kleinen Außenseitergruppe in den Reihen der Hebungsoffer artikuliert.

Auch bei anderen Anlässen treten die drei Gemeinderäte als sektiererisches Grüppchen auf. Die Ursache liegt wohl in nicht verteil-

ten Gast: eine Abordnung der IGE, mit der die Amtsblatt-Geschichte diskutiert werden sollte. Nicht anwesend war die Dreier-Gruppe – aufgrund von Urlaub und anderer Verpflichtungen.

Was das Ergebnis des Treffens und eventuelle Aufräumarbeiten in der Fraktion betrifft, war Hans-Dieter Schühle kurz angebunden. Man werde die Sache mit der Dreiergruppe in Ruhe besprechen, erklärte er. Der Fraktionschef ließ jedoch durchblicken, dass die übrigen acht CDU-Bürgervertreter eine einheitliche Meinung zum Thema Erdhebungen haben – eine, die nicht mit der von Willi Braumann und seiner Mitstreiter übereinstimme.

Damit dürfte der Konflikt unter dem Dach der CDU-Fraktion weiter schwellen. Denn Willi Braumann denkt nicht daran, sich von seiner Fraktion Vorgaben machen zu lassen: „Eine Fraktion muss mehrere Meinungen aushalten. Es kann nicht sein, dass alles vorgeeignet“, sagt er und beruft sich auf Paragraph 32 der Gemeindeordnung. Dort heißt es, dass Gemeinderäte im Rahmen der Gesetze nach ihrer „freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung“ zu entscheiden hätten.

Kritik gibt es von Braumann auch an den Fraktionskollegen und dem Fraktionschef. Es könne nicht sein, dass ein Fraktionsvorsitzender einen Brief wie den der IGE einfach so schluckt, urteilt Braumann. Auch habe er noch nie erlebt, dass jemand von den eigenen Fraktionskollegen wie in dem Leserbrief gesehen, „zur Schnecke ge-



Risse durch das ganze Haus: Die Erdhebungsfolgen sind offensichtlich. Foto: Thomas Bischof

macht“ worden sei. Braumann lässt auch keinen Zweifel daran, dass er einen solchen Text im Amtsblatt jederzeit wieder veröffentlichen würde. „Warum nicht“, fragt er.

Kompromiss oder Bruch?

Die CDU-Fraktion vor dem Bruch? Das glaubt Willi Braumann nicht. Er erwartet einen Kompromiss in den Reihen der Konservativen. „Bisher“, sagt er, „haben wir das immer geschafft“. Dass der ganze Zwist auch ein Vorgeländel des im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahlkampfes ist, stellt Braumann indes nicht in Abrede. „Ja, klar“, bestätigt er entsprechende Mutmaßungen und stellt klar, dass er mit seinen 73 Jahren erneut für den Gemeinderat kandidieren wird. „Die Frage ist, wo die uns auf der Liste platzieren werden“, sagt er. Für den Arzt ist auch schon abgemacht, was passiert, wenn er erneut im hinteren Teil der Liste auftaucht: „Dann machen wir wieder einen eigenen Wahlkampf.“

Kommentar

Folgenreiche Profilierung

VON MICHAEL STÜRME

Erst die weniger als halberzogene Unterstützung von Parteikollege Wolfgang Lütznier im OB-Wahlkampf und das anschließende Ergebnis-Desaster, nun Probleme mit einem Fraktions-Trio, das zu Ego-Trips neigt und das sensible Thema Erdhebungen als seinen Aktionsraum entdeckt hat: Wahrlich, die CDU-Fraktion im Böblinger Gemeinderat ist nicht zu beneiden. Mit einem Machtwort seitens der Fraktionsführung scheint das jüngste Problem auch nicht so einfach vom Tisch zu sein: Die Damen und Herren Braun, Braumann und Kienle waren bei der letzten Wahl die eifrigsten Stimmen-sammler für die Konservativen und die wird man im Vorfeld des nächsten Urnengangs im kommenden Jahr nicht so einfach aus der Fraktion komplementieren. Auch wenn sie mit ihren Quartierbereichen nicht unbedingt zum Wohl und Renommee der CDU in Böblingen beitragen.

Wie weit die Toleranz der Fraktionskollegen geht und wie weit die öffentlich artikulierten eigene Meinung sich von der Mehrheitsmeinung der Mitstreiter im Gemeinderat abheben darf, das müssen Partei und Fraktion selbst bestimmen. Den Mittelweg zu finden zwischen verlässlichen gemeinsamen Positionen bei wichtigen Themen und der Freiheit, seine eigene Meinung zu wahren, ist schwierig und könnte in einer Zerreißprobe für das CDU-Lager enden. Denn die drei Mitglieder der Fraktion in der Fraktion wissen genau, was ihre Wählerstimmen für das Abschneiden der Gesamtpartei wert sind. Dennoch: Weitere Negativmeldungen und via Leserbriefe die Auseinandersetzungen kann sich die größte Fraktion im Gemeinderat nicht lange leisten.

Viel schwerer wiegt jedoch, dass hier interne Konflikte auf dem Rücken der Erdhebungsoffer ausgefochten werden. Wer einmal in den geschädigten Häusern war, der weiß, was das für die Betroffenen bedeutet. Und der weiß auch, dass dieses Thema nicht zur Profilierung taugt.

Der Versuch der CDU-Abtrünnigen, sich mit der Forderung nach einem staatlichen Hilfsfonds Gehör zu verschaffen, ist nicht mehr als ein durchsichtiges Schamzügel, das den rund 200 betroffenen Hausbesitzern bei der Schadensregulierung nur schadet. Schließlich müsste für solch einen Fonds das Gesetz geändert werden. Ein genauso hoffnungslos wie sinnloses Unterfangen. Denn kein Länderparlament würde sich wohl auf einen äußerst fragwürdigen Böblinger Sonderweg einlassen, der das juristische Gebot, den Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen werden muss, außer Kraft setzen würde. Gewinner wäre am Ende die Versicherung der Bohrfirmen, die sich mit der Schadensregulierung keine Mühe mehr machen müsste. Auf der Verliererstraße wären die Steuerzahler, die für die Vermeidung der Bohrfirmen in Millionenhöhe aufkommen müssten.

Für die in der IG Erdhebungen Böblingen vereinten Betroffenen ist diese Scheindebatte bereits jetzt eine Belastung und eine Gefahr. Statt die Arbeit zu wüthigen, die die Verantwortlichen erheblicher Entbehrungen mit großer Diplomatie, Um-sicht und Fachkenntnis hinter den Kulissen leisten, wird die Geschlossenheit in den Reihen der Hebungsoffer torpediert und eine völlig sinnlose Front eröffnet.

Flower-Power: 1200 wichtige Wiesen

Auf 550 Hektar Fläche gibt es im Landkreis wertvollen Lebensraum für Wildtiere und -pflanzen

KREIS BÖBLINGEN (red). Der Landkreis Böblingen ist reich an Blumenwiesen. Über Jahrhunderte hat die kleinbäuerliche Bewirtschaftungskultur blumenbunte Wiesen herorgebracht, die für Schmetterlinge, Wildbienen und viele weiteren Insektenarten einen sehr wertvollen Lebensraum bieten, schreibt das Landratsamt in einer Pressemitteilung.

Besonders artenreiche Wiesen stehen unter dem Schutz der Richtlinie der Europäischen Union zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Sie wird umgangssprachlich auch als Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (kurz FFH-Richtlinie) bezeichnet.

Nach dieser Richtlinie wird gemeinsam mit der Vogelschutzrichtlinie das „Natur 2000-Netzwerk“ zusammengeknüpft. Dies ist ein Netz von Schutzgebieten, in dem verschiedene Lebensraumtypen sowie Tier- und Pflanzenarten geschützt sind, weil sie wertvoll sind – für viele Arten, für den Naturschutz und für die biologische Vielfalt. Diese Gebiete bieten uns Menschen zugleich eine Erholungslandschaft, heißt es weiter.

Die bunten Flachlandwiese, eine dieser geschützten Lebensraumtypen, kommt europaweit vor allem in Süddeutschland vor. Die mageren Glattflurwiesen tragen mit ihrem Blütenreichtum zur Bereicherung



Schön anzusehen und ökologisch wertvoll: eine Wiese bei Gärtringen. Foto: Thomas Bischof

des Landschaftsbildes bei und sind zusätzlich von kulturhistorischer Bedeutung. Da die baden-württembergischen Glattflur-

wiesen eine besondere Artenausstattung besitzen und in ihren Ausprägungen besonders vielfältig sind, kommt ihnen eine europaweit

herausragende Bedeutung zu, so die Behörde.

Die Flachlandmähwiese steht unter besonderem Schutz und unterliegt dem sogenannten Verschlechterungsverbot: Ihr einmal erfasster Zustand darf sich also weder durch die landwirtschaftliche Nutzung noch durch beispielsweise eine Änderung der Flächenutzung verändern. Dies bringt ganz besondere Herausforderungen mit sich.

Die Wiesen zu erhalten ist eine große Verantwortung

In den Natura 2000-Gebieten im Kreis Böblingen wurden im Zuge der Biotopkartierung mehr als 1200 erfasst, insgesamt sind es 550 Hektar. Die Bewirtschaftenden dieser Wiesen leisten einen großen Beitrag zum Erhalt der Lebensraum- und Insektenvielfalt. Das Amt für Naturschutz und Landwirtschaft des Landkreises Böblingen sowie der Landschaftserhaltungsverband beraten bei naturschutzfachlichen Fragen und geben Hilfestellung bei der Beantragung von Fördergeldern.

„Wir haben auf der einen Seite eine besondere Verantwortung und die Pflicht, diese Lebensräume zu erhalten – aber auch auf der anderen Seite ein besonderes Pfund, mit dem man wuchern kann“, heißt es abschließend.

Bei 35 Grad ist Schluss

Hitzeregeln am Arbeitsplatz

KREIS BÖBLINGEN (red). Arbeitgeber sind dafür verantwortlich, dass ihre Beschäftigten unter gesundheitsgerechten Bedingungen arbeiten können, auch bei Hitze. Darauf weist das Landratsamt jetzt hin. Die hohen Raum- und Außentemperaturen von über 30 Grad können negative Auswirkungen auf den Kreislauf und auf die allgemeine Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit haben und auch zu einem erhöhten Unfallrisiko am Arbeitsplatz führen, schreibt die Behörde.

Die Gewerbeaufsicht weist darauf hin, dass Arbeitgeber dafür verantwortlich sind, dass ihre Beschäftigten unter gesundheitsgerechten Bedingungen arbeiten können. Die Raumhöchsttemperatur beträgt grundsätzlich 26 Grad.

Beträgt die Raumtemperatur mehr als 26 Grad, sollen neben einem geeigneten Sonnenschutz auch weitere Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten ergriffen werden. Bei mehr als 30 Grad Raumtemperatur ist der Arbeitgeber verpflichtet weitere Schutzmaßnahmen wie kostenloser Getränkeversorgung oder zusätzliche Pausen und Abkühlmöglichkeiten zu schaffen. Auch eine Lockerung bestehender Bekleidungsregeln am Arbeitsplatz kann eine Schutzmaßnahme darstellen. Bei über 35 Grad ist ein Raum als Arbeitsplatz nicht mehr geeignet.